

Rede von Karin Breitenfeldt zur Theater-Zielvereinbarung

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Kulturkonferenz des Landes am letzten Freitag trat die Verantwortliche Abteilungsleiterin für Kultur aus Thüringen auf, um über konzeptionelle Arbeit im Bereich der Kulturplanung zu sprechen. Wie auch bei uns waren und sind in Thüringen strukturelle Veränderungen notwendig und wurden in Angriff genommen. Die Unterschiede bestehen allerdings in zwei wesentlichen Punkten.

1. Veränderungen kosten Geld und dies wird in Thüringen weitgehend über den Landeshaushalt finanziert.

2. Ein Umbau der Kulturlandschaft ist ein langfristiger Prozess, der transparent und in gemeinsamer Diskussion der Beteiligten ablaufen muss, um nachhaltig und erfolgreich zu sein.

Und genau davon sind wir in diesem Land weit entfernt. In für eine Demokratie unwürdigen Art und Weise spart das Land zu Lasten der kommunalen Träger seit Jahren an einer auskömmlichen Theaterfinanzierung und diktiert nunmehr die Bedingungen einer Umstrukturierung aus ganz vorrangig finanzieller Sicht. Dies ist aus mehrfacher Sicht problematisch. Es fand und findet kaum eine inhaltliche Diskussion dazu statt, welche Aufgaben Theater heute und in Zukunft haben sollen und wo Schwerpunktsetzungen erfolgen sollen. Selbst in der nun vorliegenden Zielvereinbarung ist nicht einmal festgeschrieben, dass alle Sparten erhalten bleiben. Eine externe Moderation des Umstrukturierungsprozesses, was zur Vertrauensbildung und Transparenz hätte beitragen können, lehnt das Land ab. Auch die geforderte Prüfung von des alternativen Städtmodells erfolgt von Betroffenen selbst. Alle vorgetragenen Bedenken bzgl. der Funktionsfähigkeit des neu zu bildenden Konstrukts, wie Kostensteigerung und Zeitverluste durch weite Fahrtwege und Einrichtung der zentralen Werkstätten in entfernten Neustrelitz werden weitgehend ignoriert. Obwohl das Land mit der jetzigen Zielvereinbarung erstmals von einer Mehrheitsbeteiligung des Landes am neuen Staatstheater Nordost spricht, bleiben dennoch entscheidende Risiken und potentielle Mehrkosten – außer Personalkostenhilfen für die Umstrukturierung - im wesentlichen bei den Kommunen. Sehr geehrte Kreistagsmitglieder, Dem Kulturausschuss lag zu seiner Beratung die Zielvereinbarung spät vor. Der Kultur-, Sport- und Bildungsausschuss konnte sich überhaupt nicht damit beschäftigen. Es ist offensichtlich nicht gewollt, dass wir als politisch Verantwortliche mitreden und entscheiden dürfen. Dazu zitiere ich aus der Zielvereinbarung – Pkt. 3: „Die kommunalen Vertragspartner verpflichten sich, im Anschluss an die Verhandlungen notwendige Beschlüsse ihrer Vertretungen zeitnah einzuholen.“ Es soll also weiter gehen wie bisher – Schwerin macht die Regeln und wir liefern die „demokratische Legitimation“ und dies auch noch in einer Sache, die wir in vielen Punkten für praktisch als problematisch bzw. falsch halten. Ich darf Sie auf den Widerspruch in Punkten 2 und 3 des Beschlusses hinweisen. Obwohl das Kultusministerium Erwartungen des Kreistags bisher weitgehend ignoriert, soll trotzdem erneut eine Zustimmung signalisiert werden und dem Landrat ein Verhandlungsmandat erteilt werden. Im Übrigen halte ich auch folgende Formulierung in der Begründung für mehr als blauäugig: „Eine Zustimmung zu der vorliegenden Zielvereinbarung ist noch nicht mit einer Zustimmung zur eigentlichen Fusion verbunden.“ Es muss jedem klar sein, dass das Kultusministerium, wenn es unsere Zustimmungen erhält, genau so weiter machen wird wie bisher und seine Ziele durchsetzen wird und wir alle mit den Folgen leben müssen. Meine Fraktion wird deshalb diesem Beschluss aus Sicht der Entwicklungsperspektiven unserer Theater und aus Protest zum undemokratischen Vorgehen in dieser Sache nicht zustimmen.